

Land-Zeitung.

Abendblatt für den Jahrgang.

Nr. 227.

Halle, Sonnabend, den 16. Mai

1914.

28. Deutscher Reichstag.

258. Sitzung, Freitag, 15. Mai.

Ein Bundesratsmitglied, 3. Jagom.

Vorsitzender Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung 11 Uhr.

Kleine Anfrage.

Herr Trimborn (Zentr.) fragt an, ob und welche Anordnungen der Bundesrat hinsichtlich der Verteilung der Beiträge an Frankreich und ungelassenen Erbschaften bereits beschlossene hat...

Herr Ministerpräsident Dr. Kaempf: Der Bundesrat hat allgemeine Bestimmungen über eine einseitige Durchschiebung der Reichsbeiträge in der genannten Richtung erlassen. Diese Bestimmungen sollen die gesetzlichen Grundlagen sein...

Auswärtiges Amt.

(Zweiter Tag.)

Herr Bernheim (Soj.) fragt an, ob die deutsche Politik auf die Weise der Kabinettspolitik sich nicht nur zu sehr in das Schlepptau Österreichs begeben. Der Friede auf dem Balkan ist nur ein Scheinfriede...

Herr Bernheim (Soj.) fragt an, ob die deutsche Politik auf die Weise der Kabinettspolitik sich nicht nur zu sehr in das Schlepptau Österreichs begeben. Der Friede auf dem Balkan ist nur ein Scheinfriede...

Präsident Dr. Kaempf.

Herr Bernheim (Soj.) fragt an, ob die deutsche Politik auf die Weise der Kabinettspolitik sich nicht nur zu sehr in das Schlepptau Österreichs begeben. Der Friede auf dem Balkan ist nur ein Scheinfriede...

Herr v. Loewenherz-Wertheim (Zentr.).

Herr Bernheim (Soj.) fragt an, ob die deutsche Politik auf die Weise der Kabinettspolitik sich nicht nur zu sehr in das Schlepptau Österreichs begeben. Der Friede auf dem Balkan ist nur ein Scheinfriede...

Herr Wendel au, daß wir uns durch die Zufälligkeit der deutschen Abstammung des Fürsten von Albanien nicht dazu beiraten lassen dürfen, und daß wir in diesem Sinne die Initiative für die Abreise der frivolen Gesandten durch den Hof genommen...

Herr v. Rößler (Soj.) fragt an, ob die deutsche Politik auf die Weise der Kabinettspolitik sich nicht nur zu sehr in das Schlepptau Österreichs begeben. Der Friede auf dem Balkan ist nur ein Scheinfriede...

Herr v. Rößler (Soj.) fragt an, ob die deutsche Politik auf die Weise der Kabinettspolitik sich nicht nur zu sehr in das Schlepptau Österreichs begeben. Der Friede auf dem Balkan ist nur ein Scheinfriede...

Staatssekretär von Jagow.

Herr v. Rößler (Soj.) fragt an, ob die deutsche Politik auf die Weise der Kabinettspolitik sich nicht nur zu sehr in das Schlepptau Österreichs begeben. Der Friede auf dem Balkan ist nur ein Scheinfriede...

Herr Dr. Seifert (Sp.).

Herr v. Rößler (Soj.) fragt an, ob die deutsche Politik auf die Weise der Kabinettspolitik sich nicht nur zu sehr in das Schlepptau Österreichs begeben. Der Friede auf dem Balkan ist nur ein Scheinfriede...

Herr Dr. Well (Zentr.).

Herr v. Rößler (Soj.) fragt an, ob die deutsche Politik auf die Weise der Kabinettspolitik sich nicht nur zu sehr in das Schlepptau Österreichs begeben. Der Friede auf dem Balkan ist nur ein Scheinfriede...

Staatssekretär von Jagow.

Herr v. Rößler (Soj.) fragt an, ob die deutsche Politik auf die Weise der Kabinettspolitik sich nicht nur zu sehr in das Schlepptau Österreichs begeben. Der Friede auf dem Balkan ist nur ein Scheinfriede...

Herr Dr. Well (Zentr.).

Herr v. Rößler (Soj.) fragt an, ob die deutsche Politik auf die Weise der Kabinettspolitik sich nicht nur zu sehr in das Schlepptau Österreichs begeben. Der Friede auf dem Balkan ist nur ein Scheinfriede...

Staatssekretär von Jagow.

Herr v. Rößler (Soj.) fragt an, ob die deutsche Politik auf die Weise der Kabinettspolitik sich nicht nur zu sehr in das Schlepptau Österreichs begeben. Der Friede auf dem Balkan ist nur ein Scheinfriede...

zur diplomatischen Seite verlangt, was arguamente, ebenso auch Resolutionen vorbringen, die einen besseren Ausblick der Außenpolitik und Geschichtswissenschaften auf den wichtigsten Fragen mit den Gelehrten beinhalten.

Gesandtschaften und Konsulate.

Herr Dr. Rößler (Soj.).

Der deutsche Staatsangehörige Johannes Solkmann ist dieser Tage in Warschau in einem Irrenhause gestorben, nachdem er vom dortigen Militärgericht zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war...

Staatssekretär v. Jagow.

Das Auswärtige Amt hat zweimal Gelegenheit gehabt, sich mit der Angelegenheit Solkmann zu beschäftigen. Einmal wurden Anfang 1913 Ermittlungen angestellt. Sie ergaben, daß Solkmann wegen Verletzung anachronistischer Schriften verurteilt worden ist...

Herr Dr. Rößler (Soj.).

Die Staatsregierung ist nicht in der Lage, sich für politische Verbrechen einzusetzen. Das ist weniger dem Umstand zuzuschreiben, als dem Umstand, daß die russische Regierung dem Sommer vorigen Jahres an einen politischen Beamten Bulglands und erforderte sich nach der Vergeltung...

Herr Dr. Rößler (Soj.).

Die Staatsregierung ist nicht in der Lage, sich für politische Verbrechen einzusetzen. Das ist weniger dem Umstand zuzuschreiben, als dem Umstand, daß die russische Regierung dem Sommer vorigen Jahres an einen politischen Beamten Bulglands und erforderte sich nach der Vergeltung...

Herr Dr. Rößler (Soj.).

Die Staatsregierung ist nicht in der Lage, sich für politische Verbrechen einzusetzen. Das ist weniger dem Umstand zuzuschreiben, als dem Umstand, daß die russische Regierung dem Sommer vorigen Jahres an einen politischen Beamten Bulglands und erforderte sich nach der Vergeltung...

Herr Dr. Rößler (Soj.).

Die Staatsregierung ist nicht in der Lage, sich für politische Verbrechen einzusetzen. Das ist weniger dem Umstand zuzuschreiben, als dem Umstand, daß die russische Regierung dem Sommer vorigen Jahres an einen politischen Beamten Bulglands und erforderte sich nach der Vergeltung...

Herr Dr. Rößler (Soj.).

Die Staatsregierung ist nicht in der Lage, sich für politische Verbrechen einzusetzen. Das ist weniger dem Umstand zuzuschreiben, als dem Umstand, daß die russische Regierung dem Sommer vorigen Jahres an einen politischen Beamten Bulglands und erforderte sich nach der Vergeltung...

Herr Dr. Rößler (Soj.).

Die Staatsregierung ist nicht in der Lage, sich für politische Verbrechen einzusetzen. Das ist weniger dem Umstand zuzuschreiben, als dem Umstand, daß die russische Regierung dem Sommer vorigen Jahres an einen politischen Beamten Bulglands und erforderte sich nach der Vergeltung...

Herr Dr. Rößler (Soj.).

Die Staatsregierung ist nicht in der Lage, sich für politische Verbrechen einzusetzen. Das ist weniger dem Umstand zuzuschreiben, als dem Umstand, daß die russische Regierung dem Sommer vorigen Jahres an einen politischen Beamten Bulglands und erforderte sich nach der Vergeltung...

Herr Dr. Rößler (Soj.).

Die Staatsregierung ist nicht in der Lage, sich für politische Verbrechen einzusetzen. Das ist weniger dem Umstand zuzuschreiben, als dem Umstand, daß die russische Regierung dem Sommer vorigen Jahres an einen politischen Beamten Bulglands und erforderte sich nach der Vergeltung...

bevorzugte politische Elemente...
Der Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...

Herr Dr. Weidner (Kanzl.):

Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...

Herr Dr. Weidner (Kanzl.):

Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...

Herr Dr. Weidner (Kanzl.):

Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...

Herr Dr. Weidner (Kanzl.):

Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...

Herr Dr. Weidner (Kanzl.):

Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...

Herr Dr. Weidner (Kanzl.):

Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...

Herr Dr. Weidner (Kanzl.):

Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...
Herr Dr. Weidner hat wieder einmal einen Fall...

Präsident Dr. Kaempf:
Ich will diesen Angriff auf deutsche Behörden rügen...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

Präsident Dr. Kaempf:

Ich will diesen Angriff auf deutsche Behörden rügen...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

Präsident Dr. Kaempf:

Ich will diesen Angriff auf deutsche Behörden rügen...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

Präsident Dr. Kaempf:

Ich will diesen Angriff auf deutsche Behörden rügen...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

Präsident Dr. Kaempf:

Ich will diesen Angriff auf deutsche Behörden rügen...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

Präsident Dr. Kaempf:

Ich will diesen Angriff auf deutsche Behörden rügen...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

Präsident Dr. Kaempf:

Ich will diesen Angriff auf deutsche Behörden rügen...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

Präsident Dr. Kaempf:

Ich will diesen Angriff auf deutsche Behörden rügen...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

Präsident Dr. Kaempf:

Ich will diesen Angriff auf deutsche Behörden rügen...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

fürher der Reichsregierung...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

fürher der Reichsregierung...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

fürher der Reichsregierung...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

fürher der Reichsregierung...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

fürher der Reichsregierung...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

fürher der Reichsregierung...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

fürher der Reichsregierung...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

fürher der Reichsregierung...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

fürher der Reichsregierung...
Herr Scheidemann (Vors.):
Ne, das geht ja noch!

Table with names and numbers, likely a list of members or statistics.

Table with names and numbers, likely a list of members or statistics.

Table with names and numbers, likely a list of members or statistics.

Table with names and numbers, likely a list of members or statistics.

Table with names and numbers, likely a list of members or statistics.

Table with names and numbers, likely a list of members or statistics.

Table with names and numbers, likely a list of members or statistics.

als politischem Verein betrachtet und auf großen Wohlstand hinwirken. Die Mitglieder des Vereins sind in der Regel nicht in Berlin. Die meisten der Mitglieder sind in der Provinz. Die meisten der Mitglieder sind in der Provinz. Die meisten der Mitglieder sind in der Provinz.

Abg. Mumm (Wirtsh. Tag.): Durch die Anwendung des Wortes „bürgerliche Parteien“ wird der Sozialdemokratie die Aufrechterhaltung der Fiktion erleichtert, als sei die Sozialdemokratie die Arbeiterpartei. Diese Fiktion ist es besonders zu begrüßen, daß der Staatsrat die politische neutrale Volksvertretung schließt. Die Sozialdemokratie sollte doch endlich den Versuch unternehmen, den zu ihr gehörigen Gewerkschaften, Sportvereinen, Anstalten und Vereinen den Mantel der Neutralität umzuhängen. Die Fiktion, die eine Reform des Staatsrats bezieht, sollte bei der Regierung günstig aufgenommen werden. (Schluß des Beschlusses.)

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 15. Mai 1914.
Am Regierungstisch: v. Breitenbach, Dr. Lentz, Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwis eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.
Zunächst wurden die Abg. Hüß (Sos.), Krause (Freisof.) und Wapportz de Wente (Nat.) in der üblichen feierlichen Weise auf die Verfassung vereidigt.

Darauf wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungs-Frankenkassen, in der Gesamtabstimmung in der dritten Lesung angenommen.
Es folgte die Beratung des Titels aus dem Etat der Bauverwaltung, in welchem 500 000 Mark als erste Rate für den

Neubau eines Kgl. Opernhauses

- a) die königliche Akademie des Bauwesens über wesentliche Einzelheiten des Entwurfes gebört ist,
- b) die Voraussetzungen festgelegt sind, an welche die Stadt Berlin ihre Beteiligung geknüpft hat,
- c) eine Verordnung der durch diese Beteiligung dem Staate ausfallenden, in der Verwaltung und am Kleinen wenigstens gelegenen Grundstücke im Höhe von mindestens sechs Millionen Mark festgelegt ist,
- d) die Verwendung des alten Opernhauses unter wesentlicher Erhaltung seiner Architektur zu Universitätszwecken fidelegiert ist.

Abg. Frhr. v. Mallat (Nat.): Wir werden für den Antrag der Budgetkommission eintreten. Der Hoffmannsche Entwurf entspricht im wesentlichen der Programmatische der Regierung. Wir halten es für unabweislich, daß ein nochmaliger Wettbewerb einen besseren Erfolg hätte. Ich möchte hier gern anerkennen, daß die Stadt Berlin in der Frage der Finanzierung des Opernhausebaues großes Engagement bezeugen hat. Die Verhältnisse kann nur unter der dankenswerten Mitwirkung der Stadt Berlin gelöst werden. Die Finanzierung muß jetzt nicht mehr die Schwierigkeiten, wie es anfangs schien.

Abg. Vitz (Nat.): Wir sind nicht in der Lage, dem Antrag der Budgetkommission beizustimmen. Ich erachte die Verdienste des Herrn Hoffmann vollkommen an. Das Projekt haben wir mit großer Freude aufgenommen. Wir schätzen auch die organische und harmonische Geschlossenheit des Projekts, glauben aber, daß es in wesentlichen Einzelheiten seiner Zweckbestimmung nicht entspricht.

Abg. Frisch (Nat.) begründete seinen Antrag, die zum Neubau des königlichen Opernhouses in Berlin als erste Rate angeforderten 500 000 Mark abzulehnen und die Staatsregierung zu ersuchen, den Entwurf für das Opernhaus der königlichen Akademie des Bauwesens zu unterbreiten und im Falle einer günstigen Beurteilung im Wege des Nachfreibis eine erste Rate für den Neubau von neuem anzufordern.

Darauf wurde die Vereidigung des Abg. Hüß (Sos.) wiederholt, weil er, wie er dem Präsidenten gegenüber erklärte, den Eid aus Versehen nicht in der vorgeschriebenen Weise geleistet hat.
Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach: Ich darf feststellen, daß wohl kaum ein ähnliches Gebäude mit so möglichen Kosten wie das Opernhaus gebaut sein wird. Ich habe, daß die Mehrheit des Hauses dem Antrag der Budgetkommission zustimmt und den Antrag Frisch ablehnt, weil er eine weitere Verzögerung bedeutet. Die einzige Frage, um die es sich heute handelt, ist die, daß die Akademie des Bauwesens gebört werden kann oder nicht. Es liegt allein in dem Ermessen des Ministers der öffentlichen Arbeiten, ob er sie hören will oder nicht. Und wenn er sie nicht hört, kann dem Minister daraus niemals ein Vorwurf gemacht werden. (Zuruf: Das ist auch nicht geschehen.) Die Akademie des Bauwesens hat im vergangenen Jahre 76 Projekte beurteilt. Sie hat allgemeine Richtlinien aufgestellt. In allen wesentlichen Punkten, die die Akademie des Bauwesens formuliert hatte, hat der ausführende Minister sich daran gehalten. Der Hoffmannsche Entwurf steht in seinen Grundzügen fest, aber die Kritik, die ich gegen ihn geltend gemacht hat, soll beachtet werden.

Der Antrag Frisch wurde angenommen. Damit ist der Antrag der Budgetkommission abgelehnt.
Es folgte die Beratung des Haushaltsplans, in welchem 3 Millionen Mark als erste Rate zum Erwerb des Grundstücks Königstraße 121

Prinz Albrechtstraße 6 in Berlin gefordert werden. Die Budgetkommission beantragte die Annahme einer Resolution, nach der die Zustimmung zur Annahme erfolge, daß das angekaufte Grundstück im wesentlichen zu einem Neubau für das Finanzministerium in einer auch die Interessen des Abgeordnetenhauses berücksichtigenden Weise und die jetzigen Grundstücke des Finanzministeriums für Zwecke des Staates verwendet werden.

Abg. Hoffmann (Sos.): Der Reichstag hat sich gegen die in diesem Gesetz vorgeworbenen Grundstückspreise ausgesprochen, und die schuldigen Beamten regerepflichtig gemacht.

macht. Man sollte die preussischen Steuererträge das Verbringen, um den Beamten die Regerepflicht abzunehmen. Finanzminister Dr. Venzke: Die Beantwortung, daß wir mit unserer Vorlage Staatsbeamten eine Regerepflicht abnehmen wollten, weise ich zurück. Aus diesem Grunde heraus ist die Ansicht laut geworden, daß der Reichstag ein Interesse an dem Erwerb des Grundstücks habe. Wenn die Vorlage abgelehnt würde, so müßte das eintrüben, was wir verhindern wollen, nämlich daß das Grundstück von Beamten angekauft wird. Der Kaufpreis von 6 Millionen Mark ist durchaus angemessen.

Abg. Frischer von Malchow (Nat.): Wir werden einmütig für die Vorlage stimmen, weil mir damit ein gutes Geschäft für den Staat ist.
Abg. Adolph Hoffmann (Sos.): Bei dem Erwerb des Grundstücks sprechen nicht allein solche Momente mit. Finanzminister Dr. Venzke: Ich muß entziehen befreiten, daß andere als sachliche Momente maßgebend für uns sind.
Abg. Adolph Hoffmann (Sos.): Ohne die Schiedungen von Seiten des Finanzministeriums wäre der Kaufpreis nicht hoch.

Der Haushaltsplan wurde mit dem Antrag der Kommission angenommen. Das Gesetzgebungs wurde mit dem Vorparagrafen ohne Debatte angenommen. Damit war die zweite Beratung des Etats erledigt.
Es folgte die Beratung der Anträge der Abg. von Wöhlendorf-Sölpin (Nat.) und Althoff (Nat.) betr. den durch die Sturmfluten

an der Ostsee verursachten Notstand.
Die Kommission forderte in einer Resolution die Regierung auf, Mittel bereitzustellen und Maßnahmen zu ergreifen, um den durch die Sturmflut in ihrer Ostsee gefährdeten Fischweiden der Ostsee zu Hilfe zu kommen. Undersuchungen sollen darüber angestellt mit fünf Freijahren und Rückzahlung in zehn Jahresraten gewährt werden. Der Uferstreifen soll grundstücklich Sache des Staates sein.

Unterstaatssekretär Dreyer erklärte, daß insoweit Unterstellungen gewährt werden sind nach Maßgabe der Erklärungen, die der Minister des Innern bei der früheren Beratung der Anträge abgegeben hat.
Unterstaatssekretär Frhr. v. Geel v. d. Brüggen: Die Übernahme des gesamten Küstenlandes durch den Staat ist nicht anhängig. Über die Maßnahmen, die die Bauverwaltung ergreifen wird, schreiben noch Verhandlungen, deren Ergebnis wir dem Hause in den nächsten Tagen mitteilen zu können hoffen.

Abg. v. Wöhlendorf-Sölpin (Nat.) befristete den Kommissionsantrag.
Abg. v. Wenden (Nat.) begründete den Antrag Althoffs (Nat.) und Gen., der für den Fall, daß die Gewährung von Darlehen mit fünf Freijahren abgelehnt wird, Darlehen mit drei Freijahren zu gewähren fordert, und falls die grundsätzliche Übernahme der Kosten für den Uferstreifen durch den Staat abgelehnt wird, verlangt, daß die demselben Uferstreifen, auf Staatskosten ausgeführt werden.
Eine Reihe von Rednern sprach sich für den Kommissionsantrag aus.

Unterstaatssekretär Dreyer erklärte einer Anregung gegenüber, die Staatsregierung muß auf ihrem Grundbesitz verharren, daß die Gemeinden nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu den Hilfsaktionen herangezogen werden.
Darauf wurde der Antrag Althoffs zurückgegeben in der Erwartung, daß die Regierung doch noch weitere Zugeständnisse machen werde.
Der Kommissionsantrag fand einstimmige Annahme.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Eisenbahnangelegenheit, Schiffahrtsabgaben.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Bei der Reichstagswahl in Coburg, die erforderlich ist durch die Ernennung des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Quard zum Ministerdirektor, werden zwei liberale Kandidaten einander gegenüberstellen. Verhandlungen zwischen den beiden liberalen Parteien über die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatur haben zu keinem Ergebnis geführt. Deshalb hat die aus Coburg gebürtige, die Fortschrittliche Volkspartei als Kandidaten des Reichstages den sozial-liberalen Kandidaten **Wendel** in Aussicht gestellt. — Fabrikant **Arnold** war schon einmal, als bei der Reichstagswahl im Oktober 1909 nach dem Tode seines Vaters der gegenwärtige Ministerdirektor Quard zum ersten Kandidaten und damals in der Stichwahl dem Sozialdemokraten Frisch unterlag, als Reichstagskandidat der Fortschrittlichen Volkspartei aufgestellt und hat 3043 Stimmen auf sich vereinigt, während Dr. Quard 3445 und der Sozialdemokrat Frisch 6183 Stimmen erhielt. Bei den letzten Reichstagswahlen im Januar 1912 gelang es dem nationalliberalen Abg. Dr. Quard, dem Sozialdemokraten Frisch in der Stichwahl mit 7060 gegen 6908 Stimmen aus dem Mandat zu verdrängen, nachdem im ersten Wahlgang 6109 sozialdemokratische, 4740 nationalliberale und 3540 fortschrittliche (Chehr Sandner) Stimmen abgegeben waren. Diese Zahlen lehren, daß ein Wettbewerb zwischen zwei liberalen Kandidaten hier nicht schädlich wirken kann, denn einer von ihnen muß mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommen. Welcher sind liberale Gegenkandidaten jetzt erwünscht, um möglichst viele liberale Stimmen im ersten Wahlgang aus der Wählerliste herauszuspielen.

Abgeordnete Kommissionen für die Beamten der Veranlagung des Wehrbeitrages. Für die mittleren Beamten, die bei der Veranlagung des Wehrbeitrages mitgearbeitet haben, sind für ihre besondere Mithaltung außerordentliche Kommissionen in Aussicht genommen. Die Beratungen werden für die einzelnen Beamten je nachdem 300 bis 1000 Mark betragen. In Frage kommen etwa 2000 Beamte.

Die Wohnungsgeheimnisse des Abgeordnetenhauses trat Donnerstagabend in die Beratung der §§ 15a und b (Voraussetzungen Grundbesitzes) ein, zu denen eine große Reihe Änderungsanträge vorliegen. Der Antrag, daß das Baurecht nicht statthaben dürfe, wenn ein öffentliches Interesse entgegenstehe, wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Fortschrittlichen und Sozialdemokraten abgelehnt. Sonntag und Montag sollen die Beratungen der Wohnungsanträge in Essen und Gelsenkirchen stattfinden.
Der Rückgang in den bayrischen Staatsanleihen. Nach den vorliegenden Ergebnissen sind sowohl die Einnahmen

der Post wie der Verkehrsanklagen um generell 2% Prozent hinter dem Vorschlag zurückgeblieben.

Ausland.

Reisepflichten in Tampico.

Die Einfuhr von Tampico durch die merikanischen Einwandern wird zweifelsfrei den Unterangabeen beizulegen. Die Rebellen sind jetzt im Besitz des ganzen nördlichen Teiles von Mexiko, und sie sind überzeugt, daß sie in einem Monat in der merikanischen Hauptstadt einziehen werden. Auf dem Kirchhofe, der etwa 1/2 Kilometer von der Stadt selbst entfernt ist, hatten die Regierestruppen starke Stellungen eingenommen. Barricaden aus Erdsteinen und Sandfäden waren aufgebaut worden, von denen aus die Regierestruppen ein heftiges Feuer auf die Rebellen richteten, das General Gonzales beschloß, die Schanzen im Sturm zu nehmen. Mit Handgranaten bewaffnet stürmten seine Truppen wiederholt gegen die Stellungen, mußten aber schließlich unter schweren Verlusten das Feld räumen. Die Toten wurden mit Petroleum überdeckt und angezündet, und verbrannt. Andere, die in den Kaufhäusern lagen, wurden mit ungeheurer Kraft überschüttet. Eine große Anzahl von Toten warf man einfach in den Fluß. In den Kämpfen nahmen auch drei Kanonenboote teil, und von Zeit zu Zeit richteten die Rebellen ihr Feuer auch auf diese. Eine Granate entzündete einen Petroleumbehälter, der zwei Tage und zwei Nächte hindurch brannte. Tampico nach der Schlacht ist eine Stadt des Schreckens. Ganze Reihen von Gebäuden sind durch das Artilleriefeuer zerstört worden, und die Straßen liegen voll Leichen. Die Verletzte und Amputierten reihen bei weitem nicht aus. Die Rebellenstruppen sind vorläufig in Privathäusern untergebracht, da die Regierestruppen die Kellern in Brand gesetzt haben.

Halle und Umgebung.

Das große Los in beiden Abteilungen nach Bagen anfallen. In der letzten Verlosung der 4. Preussischen Staatslotterien wurde, wie mitgeteilt, das große Los gezogen. Es fiel auf die Nummer 197 309 und kam in beiden Abteilungen nach Bagen, und zwar in der ersten nach Nürnberg, in der zweiten nach Kosenheim. Das große Los beträgt bekanntlich in jeder Abteilung 500 000 Mark. In die gleiche Klasse als die übliche Verlosung, als das große Los gezogen wurde. Durch die Reihen der seltener verlosenen Spieler ging eine lebhafteste Bewegung, man sah aber nur enttäuschte Gesichter. Gar bald war es denn auch heraus, daß Fortuna sich diesmal nach dem Süden, nach Bagen gewandt habe. Es war der siebente Ziehungsstag, und da die „Sieben“ bekanntlich im Leben der Spieler eine gewisse Rolle spielt, waren sie in besonders starken Scharen nach dem Ziehungslokal gestürzt. Ein eigentümliches Zusammenreffen ist es übrigens, daß auch das vorige Mal das große Los am siebenten Ziehungsstage gezogen wurde. Das Glücklos ist in Wahrheit verlost, und so ist die Annahme berechtigt, daß weniger bemittelte Leute die Gewinner sind.

Fäher Tod. In der Marktstraße wurde gestern nachmittags ein Privatler aus der Ludenalle von einem Berufsflieger getroffen, der sich zum Tode führte.

Ein Brand brach gestern vormittag in der Glauchaerstraße in einem Feuerwerkgeschäft aus. Ein Dachstuhl war in Flammen geraten. Die Feuerwehler, die mit gewohnter Schnelligkeit am Brandort erschienen, räumten 4 Schlauchleitungen ab. Feuer an einer Beinträchtigung des Betriebes wurde durch ihrer energischen Tätigkeit verhindert.

Provinzial-Nachrichten.

Verordnung wegen Steuerhinterziehung.
× Leipzig, 15. Mai. Die verwitwete Privatierin Pauline Petermann von hier war wegen mehrjähriger Steuerhinterziehung in der Steuerbehörde in eine Haftstrafe von 4000 Mark geurteilt worden. Gegen dieses Strafmandat beantragte Frau Petermann gerichtliche Entlassung. Die zweite Strafkammer des Landgerichts erhöhte die Geldstrafe auf 16 000 Mark. In der Verhandlung stellte es sich auch noch heraus, daß Frau Petermann sich um 400 000 Mark zu niedrig zur Einkommensteuer einreichte hat.

n. Weihensteden, 15. Mai. (Personalnachrichten.) Dem Marineoffizier G. A. Erdmann, 2. Vorkommandeur des hiesigen Flottenvereins, wurde in Anerkennung seiner Verdienste um die Flottenvereinsangelegenheiten das goldene Ehrenzeichen im Auftrage der Reichspräsidenten überreicht. — Worrer Gutshaus in Großhilsch ist zum Gutshaus übergeben worden. Worrer Gutshaus in Großhilsch ist zum Gutshaus übergeben worden. Worrer Gutshaus in Großhilsch ist zum Gutshaus übergeben worden.

Wahlrecht, 14. Mai. (Eigentümlichste Begebenheit.) Einiges Tages erhob sich der Morgen schon früh vor 3 Uhr ein Vater von seinem Lager und als er seine beiden Söhne unter gemacht hatte, zogen sie, die Söhne über der Schulter, vergnügt zum Kartoffelboden. Nach was das Feld erreicht, die Joppen ausgezogen und hinauf ins an die Arbeit. Bald war der kalte Morgen lauer geschaut und von Luftzutritt frei. Der Vater hatte auch gleich nach Schöne müßigen die einzelnen Kartoffelreihen geschnitten. Jetzt waren sie fertig, aufstehen machten sie den Rücken wieder gerade, und da fiel der Blick des einen Sohnes auf ein kleines Schild, das in der Erde steckte und auf dem der Name des Vaters stand. Aber es war nicht der Vater. Die Söhne stellten fest die drei Feld, daß sie anderer Leute waren. Der Vater hatte sich mit ihnen besprochen, daß sie die Arbeit in den Feldern machen sollten. Der glückliche Besitzer des halben Morgens glaubte nicht anders, als die Beizelndenden wären wieder erschienen. „Der Alte aber sah tau ihnen Söhnen: Herre edt mine Bräute mit de hat, dann werre dat nicht passiert.“

§ **Freiburg a. U., 14. Mai.** (Stadtblöcken.) Diesen erfolgreichen Preisrückgang haben die grünen Stadtblöcken erfahren, von denen der Jentner bisher mit 25 bis 27 Mark bezahlte wurde. Heute haben auswärtige Händler nur noch 15 bis 17 Mark — ein Preisrückgang, wie er seit Jahren nicht beobachtet worden ist.

§ **Wendeburg, 15. Mai.** (Ein ungewöhnliches Unternehmen.) Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der Architekt Franz Stow, früher hier, jetzt in Halle, ein Verbrechen des Geistes zum Schilde der Verurteilung und der Straftugue verantwortet. Es handelt sich dabei um die bekannte Gründung einer Kolonie an Aurore, die Kaiserin Kaiserin machte und bei der neben zahlreichen Dandymen und der allgemeinen Deutschen Kreisläufigkeit auch die Stadtmehde die tragenden waren. Das Urteil lautete wegen Betrugs auf 150 Mark Geldstrafe ev. 100 Tage Gefängnis, von der übrigen Anklage wurde keine Rede mehr.

